

■ Beim Wort genommen

Von Herbert Kaspar

Von Äpfeln, Birnen und Steuersätzen



„... Steuern auf Vermögen ergeben in Österreich nur 1,4 Prozent der Gesamtsteuern, weit weniger als sonst wo in Europa. Allein die Anhebung auf den europäischen Durchschnitt würde jährlich fünf Milliarden bringen. Die angeblich drohende Abwanderung großer Vermögen muss dabei niemand fürchten. In der kapitalfreundlichen Schweiz ist die Vermögensbesteuerung deutlich höher“, schreibt Peter Rabl im Sonntag-„Kurier“.

Klingt sehr vernünftig, ist es aber nicht, denn wieder einmal werden Äpfel mit Birnen verglichen. Just die Vermögensbesteuerung in der Schweiz als Beispiel darzustellen, zeigt von großer Unkenntnis der Fakten. Wie bei vielen interessengeleiteten Politikern, mehr oder weniger selbsternannten Experten und deren jour-

nalistischen Helfern werden beliebige, isolierte Steuersätze herausgegriffen, um die eigene Argumentation zu untermauern. So zum Beispiel ist die Einkommensteuer, die in Österreich schon sehr bald den Spitzensatz von 50 Prozent erreicht, in der Schweiz wesentlich niedriger. Das heißt, man müsste bei derartigen internationalen Vergleichen redlicherweise stets die steuerliche Gesamtbelastung berücksichtigen. Wenn man sich vor Augen hält, dass der Gesamtsatz aller Steuern in der Eidgenossenschaft beim Einkommen (und da ist die Vermögenssteuer schon enthalten!) durchschnittlich 25 Prozent ergibt, dann möchte man gerne mit dem Schweizer System tauschen.

Wenn wir uns lieber mit der EU

vergleichen, die generell eine Hochsteuerregion ist, liegt auch hier der durchschnittliche Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer mit 38,86 Prozent wesentlich unter dem österreichischen Satz; 21 EU-Staaten haben niedrigere Spitzensteuersätze, nur vier einen höheren. Und auch bei der Gesamtbelastung mit Steuern- und Sozialversicherungsabgaben liegt Österreich über dem Durchschnitt.

Dass Politiker gerne den Weg des geringsten Widerstandes gehen und lieber Steuern einheben, als teuren Unfug abzuschaffen (von der Hacklerregelung bis zur nicht und nicht stattfindenden Verwaltungsreform), ist verständlich; dass Medien ihnen dabei die Mauer machen, weniger. ■